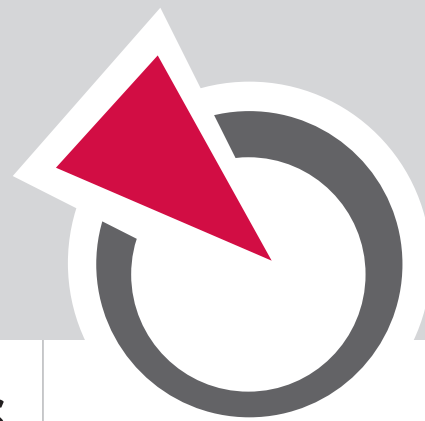


monitor



Die »Anti-Berliner« von rechts

Hintergrund ➔ Rassistische Mobilisierung zur Berliner Abgeordnetenhaus-Wahl 2011 hat begonnen

Nach über drei Jahren Vorbereitung und diversen Ankündigungen wurde Anfang Juni schließlich der Berliner Landesverband der sogenannten BÜRGERBEWEGUNG PRO DEUTSCHLAND gegründet. Den Startschuss für die zu erwartende anti-muslimische Kampagne zur Berliner Abgeordnetenhauswahl im kommenden Jahr soll ein Bundesparteitag in wenigen Wochen geben.

In Sichtweite des Rathaus Schöneberg gründete sich am 5. Juni der Berliner Landesverband der BÜRGERBEWEGUNG PRO DEUTSCHLAND (PRO D). Nachdem der anti-muslimischen Truppe nach Presseveröffentlichungen der eigentliche Tagungsort in Berlin-Lichterfelde kurzfristig abgesagt wurde, fand das Gründungstreffen mit rund einem Dutzend Teilnehmern letztlich in einem Grill-Restaurant statt.



Droht das Berlin 2011? »Kreuzzug für das Abendland« mit Bibel in der Hand: PATRIK BRINKMANN im Wahlkampf.

Die »Gruppe Berliner Bürger um den Unternehmer Patrik Brinkmann« wählte unter der Versammlungsleitung von MANFRED ROUHS fast ausschließlich altbekannte Gesichter in den neuen Landesvorstand. So besteht die »kleine, aber engagierte und mutige Keimzelle« nun aus GARY BEUTH (Vorsitzender), LARS SEIDENSTICKER (stellvertreter Vorsitzender, Landesgeschäftsführer), OLIVER ACKERMANN (Schatzmeister) und ANDREAS GRAUDIN (Schriftführer). Als Beisitzer fungieren MANFRED MÜLLER, MARCEL STAPKE und MICHAEL KUCHEROV.¹

Eigentlich wollte PRO D an diesem ersten Wochenende im Juni ihren Bundesparteitag im deutlich repräsentativeren Rathaus Schöneberg

gegenüber abhalten. Durch bürokratische Blockaden wurde den RechtspopulistInnen der Tagungsort verwehrt, der nächste Anlauf folgt am 17. Juli. Seitdem die Landtagswahl von Nordrhein-Westfalen beendet ist, wurde von der Führungsriege der PRO D die weitere Ausdehnung nach Berlin vorbereitet. Die strategischen Eckpunkte: Unter der Ägide des Bundesverbandes beginnt der Aufbau eines Berliner Landesverbandes, der 2011 kampagnenfähig sein soll. Dazu werden nach und nach massiv Personal und Ressourcen nach Berlin verlegt, so auch der Sitz der Bundesführung. Der bisherige Bundesvorsitzende MANFRED ROUHS wird neuer Generalsekretär und ab Sommer einen Zweitwohnsitz in Berlin nehmen. Genauso wie LARS SEIDENSTICKER (bisher PRO HAMBÜHREN), der als Bundesgeschäftsführer ab diesem Sommer das noch zu findende Büro leiten soll.

Rasch das Kommando an sich gezogen

Neuer Chef der Bundespartei wird der Deutsch-Schwede PATRIK BRINKMANN, der bisher als Spitzenkandidat in Berlin 2011 vorgesehen war. Der in Berlin-Zehlendorf wohnende Unternehmer muss wohl wegen der fehlenden deutschen Staatsbürgerschaft passen. Den Berliner PRO-Wahlkampf wird er trotzdem bestimmen.

Brinkmanns Wechsel an die Spitze von PRO D kommt nicht unerwartet. Schon Ende Februar hatte Rouhs erkennen lassen, dass er bereit sei, Brinkmann die Regie zu überlassen. Schließlich habe er für den Wahlkampf in Berlin »recht konkrete Zusagen im solide sechs- bis siebenstelligen Bereich gemacht«. Intern wird geschätzt, dass für den Wahlkampf in Berlin eine Summe von rund 600.000 Euro benötigt werden wird. Falls Brinkmann sage, er wolle »Vorsitzender vom Ganzen werden und tritt mit uns als Mannschaft an und

antifaschistisches pressearchiv und bildungszentrum berlin e.v. (apabiz)

lausitzerstr. 10 | 10999 berlin

geöffnet do von 15 bis 19 uhr und nach absprache

fon | fax: 0 30 . 6 11 62 49

mail@apabiz.de
<http://www.apabiz.de>

konto-nummer: 332 08 00

blz: 100 205 00

bank für sozialwirtschaft

monitor ist nicht im abo erhältlich, aber fördermitglieder bekommen ihn zugeschickt.

Das apabiz e. V. informiert seit 1991 über die extreme Rechte. Unsere Informationen stehen allen Personen und Initiativen zur Verfügung. Umgekehrt sind wir an Euren Einschätzungen und Erfahrungen interessiert. Gerne vereinbaren wir einen Austausch oder nehmen Euch in unsere Mailingliste auf.

Archiv: Für Recherchen halten wir unser Archiv bereit, das eines der größten dieser Art in der BRD ist. Wir verfügen über rechte Publikationen, Videos, CDs u.a.m. Diese Primärquellen werden ergänzt durch eine Datenbank, in der Presseveröffentlichungen seit Anfang der 90er Jahre erfasst sind, eine umfangreiche Präsenzbibliothek, verschiedene Sondersammlungen sowie antifaschistische Publikationen aus ganz Europa und den USA.

Bildung: Unser ReferentInnen-Katalog (siehe www.apabiz.de) umfasst mehr als 40 Vorträge und Seminare aus diversen Bereichen, für die ReferentInnen bei uns angefordert werden können. Zu bestimmten Themen haben wir ReferentInnen-Koffer erstellt, die die eigenständige Durchführung von Veranstaltungen ermöglichen, oder halten wir Handreichungen bereit.

Publikationen: Ergebnisse unserer Arbeit verwerten wir nicht nur im monitor, sondern auch in Broschüren, Pressemitteilungen, Handreichungen und sonstigen Publikationen. Diese und weitere Materialien findet ihr unter www.apabiz.de.



Wirre NPD- »Veranstaltungsoffensive«

Berlin • Erneut hat der NPD-KREISVERBAND NEUKÖLLN am 8. Mai, dem Tag der Befreiung, eine »öffentliche Saalveranstaltung« durchgeführt. Zu dem nur kurz zuvor bekannt gewordenen Termin kamen rund 100 GegendemonstrantInnen aber nur 31 ZuhörerInnen.

Als Redner war ANDREAS STORR eingeladen, Landtagsabgeordneter der NPD Sachsen, der einen Ritt durch die üblichen Themen vollzog: von der Finanzkrise ging es zur »Überfremdung«, Klatsch und Tratsch aus dem Landtag wechselten mit Anekdoten aus seiner Kindheit in Schöneberg, wo »Vorderorientale« ihn zwangen, sich selbst zu bespuken. Der rote Faden war die Charakterisierung der Deutschen als ein »heute zutiefst neurotisiertes Volk« – »unser Volk ist letztendlich geistig (auf einem) Abstieg«.

Laut Landesvorsitzendem UWE MEENEN war diese Saalveranstaltung Auftakt einer »Veranstaltungsoffensive«. Für den 17. Juni hat die NPD Neukölln wiederum die Räume des Grünflächenamtes für eine »öffentliche Saalveranstaltung« bekommen. ◀

Nazi-Aktivitäten im »Zum Henker«

Berlin • Auf eine Kleine Anfrage der Abgeordneten Marion Seelig (DIE LINKE) zu Aktivitäten und Veranstaltungen in dem Neonazitreffpunkt »Zum Henker« in Berlin-Schöneweide, teilte der Innensenat mit, dass sich das Lokal inzwischen als »Treffpunkt der rechtsextremistischen Szene auch über Berlin hinaus« etabliert habe. Auch Mitglieder der verbotenen Kameradschaft FRONTBANN 24 wurden oft unter den Gästen festgestellt.

Seit Bestehen des Lokals wurden neun Veranstaltungen im »Zum Henker« beobachtet, darunter eine »88-Cent Party« und eine Vortragsveranstaltung zur »Gründung des II. Deutschen Reiches und des Königreiches Preußen«. Gegen BesucherInnen des Lokals wurden in den letzten zwei Jahren sieben Ermittlungsverfahren eingeleitet (Drucksache 16/14272). ◀

finanziert mit 'ner Million Euro oder so was in der Kante den Landtagswahlkampf, dann wäre ich der Letzte, der sich dagegen stemmen würde«.

Einige Äußerungen Brinkmanns aus den zurückliegenden Tagen hatten bereits deutliche Hinweise darauf geliefert, wer bei PRO D künftig das Sagen haben wird. Brinkmann hatte in der Hauptstadt rasch das Kommando an sich gezogen. »Besonders freue ich mich, dass ich hier für die Aufbauarbeit Manfred Rouhs gewinnen konnte«, ließ er in dieser Woche über den Wechsel des Noch-Vorsitzenden nach Berlin wissen und teilte so beiläufig mit, dass er selbst es ist, der die großen Linien vorgibt bei dem Versuch, bis zum nächsten Jahr eine wahltaugliche rechtspopulistische Formation aus dem Boden zu stampfen. Rouhs werde, ließ Brinkmann in einem fast schon gönnerhaft klingenden Ton wissen, bei seiner Arbeit in Berlin »organisatorisch wie inhaltlich für einige Akzente sorgen«.

Rechtspopulistisch und rassistisch

PRO D wird in der Öffentlichkeit meist als »islamfeindlich« und »rechtspopulistisch« bezeichnet. Sie gehört mit ihren Forderungen zu dem radikalen Teil der islamfeindlichen Szene. Das Programm zur Abgeordnetenhauswahl 2011 ist überwiegend gegen MuslimInnen gerichtet.

Zwischen den typischen rassistischen Schlagwörtern – »Zuwanderer-Ghettos«, »Parallelgesellschaften«, etc. – wird die Angst vor »Überfremdung und Islamisierung« geschürt und eine »strikte Beschränkung der Einwanderung« gefordert. Selbstredend sollen »ausländische Straftäter« abgeschoben werden. Auch die weiteren Punkte des Wahlprogramms dienen lediglich der Zementierung engstirniger und reaktionärer Sichtweisen auf die Gesellschaft.

Das Schlagwort »Islam« kommt vor allem im Zusammenhang mit Moscheebauten zum Tragen. Eine »Auseinandersetzung« mit der islamischen Religion, wie sie beispielsweise auf anti-islamischen Weblogs² in detailversessenen Koran-Exegesen geführt wird, findet man in den Publikationen der PRO D weniger. Zentraler ist der Diskurs um Integration und »innere Sicherheit«, der sich an die altbekannte »Leitkultur«-Diskussion anlehnt. Ein nicht näher erläuteter christlich-abendländischer Wertekanon müsse gegen die ImmigrantInnen verteidigt bzw. durchgesetzt werden. Im weltweiten Kulturkampf müsse sich die westliche Wertegemeinschaft gemeinsam wappnen und die eigenen kulturellen Errungenschaften verteidigen. Die muslimische Einwanderung müsse gestoppt werden, integrationsunwillige »Kulturbereicherer« sollen zur Auswanderung gezwungen werden können.

Die maßgeblichen Initiatoren der sogenannten »Bürgerbewegung« haben deutlich gemacht, dass es ihnen vor allem um die Etablierung einer

erfolgreichen Rechtsaußen-Partei geht. MARKUS BEISICHT, Mitbegründer und Vorsitzender von PRO KÖLN und PRO NRW: »In den neunziger Jahren waren alle herkömmlichen rechtsbürgerlichen Oppositionsprojekte an einen toten Punkt gelangt. Es war klar, wir mußten etwas Neues erfinden: Statt einer bundesweiten Partei, haben wir mit Pro Köln den entgegengesetzten Ansatz gewählt: den einer kommunalen Bürgerbewegung.«³ Und weiter in dem Interview mit der extrem rechten Wochenzeitung JUNGE FREIHEIT:



MANFRED ROUHS (li.), Noch-Vorsitzender von PRO D und MARKUS BEISICHT, Vorsitzender von PRO NRW.

»Das Thema Islamisierung drückt die Menschen und es liegt uns politisch nahe, also haben wir es uns ausgesucht. Wir haben nach Inhalten Ausschau gehalten und waren anfangs selbst überrascht, welche außerordentliche Resonanz wir mit dem Thema gefunden haben. Gerade in Großstädten kann man damit punkten! Wir haben die Marktlücke besetzt, und es ist uns der Einbruch in Schichten gelungen, die wir sonst nicht erreicht hätten.«

PRO D: »Berlin muss christlich bleiben«

Der »deutsch-schwedische Rechtsextremist und Unternehmer Patrik Brinkmann«, so der Berliner Tagesspiegel, wünschte sich in einer ersten Erklärung, »ein Berlin, das wieder deutsche Hauptstadt ist – und nicht die der Türkei.« Die »Islamisierung« Berlins sei das entscheidende Thema. Seine Vorliebe für Berlin hat Brinkmann, der vorher in der DEUTSCHEN VOLKSUNION (DVU) aktiv war und mit ANDREAS MOLAU einen ehemaligen NPD-Kader als politischen Vertrauten hat, in seinem unverwechselbaren Stil per Internet so erklärt:

»In den Kiezen regiert die Gewalt. Linke Gewalt, Ausländergewalt. Die Stadt wird islamisiert, entfremdet. (...) Unser Berlin muss gesäubert werden. Wenn ich so durch die Stadt fahre, dann habe ich schon den Eindruck, es regieren Sodom und Gomorrha. (...) Der Islam verhüllt seine Frauen und treibt europäische Frauen in die Prostitution. Das ist die Demütigung, auf die wir uns einstellen können. (...) Der in spätrömische Dekadenz verfallende Klaus Wowereit tut nichts



dafür, um diesen unhaltbaren Zustand zu beenden. Klar, er macht ja selbst mit. Er gehört genau aus dem Roten Rathaus verbannt, wie die Schwulenparaden aus der Stadt.(...)«⁴. Ein Text voller rassistischer Sexismen und homophober Diskriminierungen, der offensichtlich bei der »eingeborenen« Bevölkerung ankommen soll.

Der offensiv pro-christliche Stil Brinkmann kommt derweil selbst bei denen nicht gut an, die ansonsten die anti-muslimische Stoßrichtung gutheißen. Ganz nach dem Motto: anti-islamisch ja, pro-christlich muss ja nicht sein, das könne man gerne der CHRISTLICHEN MITTE und anderen Fundi-Truppen überlassen. Manche radikale Stimme warf Brinkmann gar politischen Verrat vor, nachdem er sich deutlich proisraelisch positioniert hat: Schon heute wirbt Brinkmann für eine »Pilgerfahrt«, die er 2011 nach Israel unternehmen will.

Personalprobleme und Fusionsgerüchte

PRO D prophezeit sich selbst hervorragende Aussichten, sofern man wahlkampffähig sei. Ihr Potenzial schätzte Manfred Rouhs auf »fünf Prozent plus x«⁵. Doch wo ist das Personal, die »mutige Keimzelle«, die Rouhs in Berlin ausgemacht haben will? Zum Landesverband gehören vielleicht ein Dutzend AktivistInnen, die sich für Flugblattaktionen wie am 3. März bei einer Veranstaltung in Zehlendorf mobilisieren ließen oder die sich wie im Februar nach einer »Schnitzeljagd kreuz und quer durch Berlin« in Spandau zusammen fanden. Dort waren dann auch Mitglieder des NPD-Landesvorstandes anwesend sowie ehemalige Mitglieder der Berliner REPUBLIKANER (REP).⁶

Mit letzteren soll es Gespräche geben, die Restbestände der in Berlin einstmals so erfolgreichen Rechtsaußen-Partei zu übernehmen. Die ist, trotz eines Mandates im Bezirksparlament von Pankow für MICHAEL RAUSCHENBACH, nur noch auf dem Papier existent. PETER WARNST, Vorgänger des heutigen REP-Landeschefs REINHARD HAESE, wurde zwischenzeitlich bei PRO D aktiv.⁷

Es ist kaum zu erwarten, dass die bisher aktiven PRO D-Mitglieder mit leichter Hand in Berlin für die erhofften Wahlerfolge sorgen können. Nach wie vor gelingt keine überzeugende Abgrenzung nach Rechtsaußen. Wie auch, wenn die politischen Biografien so vieler Führungskräfte dort fußen und die erhofften Dissidenten aus etablierten Parteien ausbleiben. PRO D will, so machte es NRW-Vorsitzender Beisicht erst kürzlich wieder deutlich, »den großen Wurf aller (...) Kräfte jenseits der extremistischen NPD«⁸, und sieht sich selber als das Maß der Dinge im Bereich des Rechtspopulismus.

Ein unabhängiger Politiker wie ex-CDU-Mitglied und Noch-Mitglied des Abgeordnetenhauses RENÉ STADTKIEWITZ käme in Berlin ganz recht. Der fischt mit seiner BÜRGERBEWEGUNG PAX EUROPA in der

»Multi-Kulti-Hauptstadt« ohnehin im gleichen Gewässer des anti-muslimischen Rassismus. Doch Stadtkewitz, bislang noch ohne parteipolitische Alternative zur CDU, dementiert sofort: Er habe »weder einen direkten noch einen indirekten Kontakt« mit »der mit Extremisten paktierenden PRO-Bewegung.«⁹ Und es werde diesen auch in Zukunft nicht geben.

Ausblick

Was könnte also ausschlaggebend sein, dem gänzlich unbekanntem Gary Beuth und seiner Truppe zu folgen? Ein griffiges Kampagnenthema bietet sich aktuell nicht an, aber da ist ja noch etwas Zeit. Und überhaupt: im Zweifel spielt die drohende Inkompetenz der KandidatInnen doch eher eine untergeordnete Rolle bei der Entscheidung an der Wahlurne.

Es wird maßgeblich sein, mit welcher Entschlossenheit sich antifaschistische und demokratische Initiativen der rassistischen Stimmungsmache entgegen stellen. Nicht totschweigen wird weiter helfen, sondern die Parolen dieser »Anti-Berliner« von rechts müssen deutlich markiert werden: als Kampfansage an eine Stadt, die von Einwanderung und der vielfältigen Beteiligung geprägt ist. Möge das wahr werden, was Manfred Rouhs fürchtet wie der gute Christ den Teufel: »Aber wenn die Potenziale erstmal in Gang kommen, wenn der Deutsche Gewerkschaftsbund die Suppenküche da hinstellt (..) Freibier ausschenkt...wenn denen kostenlose Musik geboten wird dafür, dass sie zu irgendeinem Festival gegen uns kommen, dann haben wir da eine Menge Volk auf der Straße. Und das Volk ist uns nicht wohlgesonnen.«

Maik Baugärtner/Ulli Jentsch

- 1) Immobilienkaufmann Oliver Ackermann sowie Jurist und Verwaltungswissenschaftler Dr. Andreas Graudin traten bisher nicht offiziell für PRO D auf. Verbindungsstudent Graudin (Jg. 1965) ist bekannt durch Mitarbeit in der CDU, bei der Jungen Freiheit und beim Studienzentrum Weikersheim.
- 2) Maßgeblich Yasemin Shooman: Islamfeindschaft im World Wide Web. In: Zentrum für Antisemitismusforschung (Hg.): Jahrbuch 17 (2008). Berlin: Metropol, 2008.
- 3) »Wir sind die Stimme der Bürger«. Interview mit Markus Beisicht. Junge Freiheit v. 16. September 2008.
- 4) Vgl. <http://www.pro-berlin.net/?p=280>.
- 5) So Manfred Rouhs am 25.02.2010, vgl. <http://www.pro-berlin.net/?p=278>.
- 6) Siehe »Ernst Nolte spricht beim Studienzentrum Weikersheim« sowie »Pro Berlin zu Gast in Spandau« in monitor Nr.45, April 2010, S.2.
- 7) Vgl. http://www.aktuell.pro-berlin.net/?page_id=367.
- 8) Vgl. <http://gesamtrechts.wordpress.com/2010/05/11/viel-leicht-fehlt-noch-ein-groes-signal-im-gesprach-mit-markus-beisicht-pro-nrw-chef/>, einges. am 1.6.2010.
- 9) Vgl. <http://gesamtrechts.wordpress.com/2010/05/29/nachtimke-nun-auch-stadtkewitz-kein-kontakt-zur-pro-bewegung/>, einges. am 1.6.2010.

HDJ-Mitglieder wegen »Rasseschulung« verurteilt

Berlin • Anfang Mai mussten sich erstmals seit dem Verbot der HEIMAT-TREUEN DEUTSCHEN JUGEND (HDJ) drei AktivistInnen wegen ihrer Tätigkeiten in der neonazistischen Jugendorganisation vor Gericht verantworten. Die Angeklagten RAGNAR DAM (Rostock, früher Berlin) und CHRISTIAN FISCHER (Vechna) wurden wegen Volksverhetzung und Verbreitung von Propagandamitteln verfassungsfeindlicher Organisationen zu Bewährungsstrafen, DANIELA K. (Vechna) zu einer Geldstrafe verurteilt.



Die Angeklagten hatten bei einer sogenannten »Rasseschulung« 2007 unter anderem den antisemitischen Hetzfilm »Der ewige Jude« einem teilweise minderjährigen Publikum vorgeführt.

DAM wurde zusätzlich wegen eines »Pimpfenlagers« im Jahr 2006 belangt, auf dem er mit Kindern Gipsmasken herstellte, auf die er Hakenkreuze malte. Der ehemalige »Führer« der HDJ-Einheit Mecklenburg und Pommern, musste sich vom Staatsanwalt die Frage gefallen lassen, wie jemand »mit solcher Bildung ernsthaft solche Rasseideologien vertreten kann«. Dam kann ein abgeschlossenes Biologiestudium vorweisen. ◀

Zwei weitere Neonazi-Morde in Russland

Russland • Am 23. Mai schlugen Neonazis in Rjasan so brutal auf einen 25-jährigen Antifaschisten ein, dass dieser nach neun Tagen im Koma seinen schweren Verletzungen erlag. Die Neonazis hatten Kostja Lunkin vor seiner Haustür aufgelauert. Am gleichen Tag griffen in Moskau 40 Neonazis ein Grillfest junger Leute aus der Hardcorezene an. Bei diesem Angriff wurde der 27-jährige Dmitrij Kashizyn mit 15 Messerstichen getötet. ◀



Die publizistische »Anti-Antifa«

Bericht ☉ Von NPD bis JUNGE FREIHEIT: Engagierte JournalistInnen werden zunehmend öffentlich diffamiert

Angriff nach »Anti-Antifa«-Veröffentlichung

Geithain (Sachsen) • Lebensgefährliche Verletzungen erlitt ein alternativer Jugendlicher bei einem gezielten Angriff am 7. Mai in Geithain.

Der 15-Jährige wurde von einem bekannten Neonazi an einer Tankstelle angegriffen. Die Attacke war die Umsetzung der Drohung »Wir kriegen Dich«, die zuvor auf das Garagentor seiner Eltern gesprüht worden war.

Anfang April waren persönliche Daten und Fotos des Jugendlichen auf einer »Anti-Antifa«-Homepage veröffentlicht worden.

Als mutmaßlicher Täter sitzt der 19-jährige ALBERT R. in Untersuchungshaft, der bereits wegen anderer

Straftaten polizeibekannt ist. Von seinen KameradInnen wird er unterdessen zum »nationalen Freiheitskämpfer« hochstilisiert.

Wenige Tage nach seiner Festnahme marschierten 35 Neonazis in Bad Lausick auf und forderten »Freiheit für Albert«.

In Geithain kam es in der jüngeren Vergangenheit immer wieder zu Bedrohungen und Übergriffen von Neonazis. ◀

Programmparteitag der NPD ohne Neuerungen

Bamberg (Bayern) • Am 5. und 6.

Juni hielt die NATIONALDEMOKRATISCHE PARTEI DEUTSCHLANDS (NPD) in Bamberg ihren Programmparteitag ab, dem diesmal zumindest einige PressevertreterInnen beiwohnen durften. Der

Antrag, die Presse wie im Vorjahr gänzlich auszuschließen, erhielt dieses Jahr keine Mehrheit (siehe nebenstehenden Artikel).

Trotz einiger Aktualisierungen blieben überraschende und erwähnenswerte inhaltliche Erneuerungen aus.

Durchsetzen konnte sich das Programmkonzept des Bundesvorstands u.a. gegen einen Entwurf aus der Feder von THOMAS WULFF und TORSTEN HEISE, die der Partei einen aktionistischeren Schliff geben und den Kampf um die Straße stärker hervorheben wollten.

Die Einführung des neuen Namenszusatzes »Die soziale Heimatpartei« wurde dagegen abgelehnt, es bleibt demnach bei »Die Nationalen«. Ein interessanter Aspekt des ▶

Seit Anfang des Jahres führt die NPD-Parteizeitung DEUTSCHE STIMME die neue Rubrik »Am linken Rand«. Hier möchte das Blatt laut Eigenbeschreibung »das Treiben prominenter linker Hetzer, Denunzianten, Gutmenschen und anderer Berufs-’Toleranter‘« vorstellen. Im monatlichen Turnus werden ausgewiesene ExpertInnen und JournalistInnen »dokumentiert«, die sich mit der extremen Rechten beschäftigen.

Die in dieser Rubrik beschriebenen Personen arbeiten in antifaschistischen Initiativen, sind als KennerInnen der extremen Rechten bekannt oder als JournalistInnen für die Tageschau, den NDR und andere Medien tätig. Ihnen allen ist gemeinsam, dass sie sich schwerpunktmäßig mit der extremen Rechten beschäftigen und in den Medien auch gefragte Interview-PartnerInnen sind.

»Am linken Rand«

Die NPD versucht, vermeintliche Pseudonyme zu enttarnen und möglichst viele persönliche Informationen zu veröffentlichen. Die Darstellung der Personen erfolgt dabei dem immer gleichen einfachen Muster: Nach privaten Daten der JournalistInnen, bis hin zum Wohnort, folgt eine Auflistung, für welche Zeitschriften oder Sendungen diese bereits gearbeitet haben. Abschließend wird mehr oder weniger phantasievoll konstruiert, in welchen vermeintlich »linksextremistischen« Kreisen die Person beheimatet sein könnte. Besonderen Raum nimmt stets die Frage ein, mit welchen öffentlichen Geldern die Personen direkt oder indirekt finanziert seien. Der Artikel wird nach Möglichkeit mit einem Portrait-Foto versehen – eine Vorgehensweise, die der »Anti-Antifa«-Arbeit der gewaltbereiten Kameradschaftsszene gleicht, wo als »Volksfeinde« identifizierte Personen schnell Bedrohungen und Angriffen ausgesetzt sind.

Zum »Volksfeind« wird für die NPD, wer sich engagiert und schlichtweg stört. Die DEUTSCHE STIMME versucht auf einer vorgeblich seriösen Grundlage die JournalistInnen und ExpertInnen einzuschüchtern und diese als Person zu diskreditieren. Zum Beispiel durch die Konstruktion von Verbindungen nach links, in der Hoffnung, dass am Ende doch etwas an der Person hängen bleibe.

Die antifaschistische Verschwörung

Damit ist die Artikel-Serie der DEUTSCHEN STIMME kein Einzelfall, dieses Muster der Diffamierung zieht sich durch die verschiedenen Spektren der extremen Rechten. Als die Arbeit des extrem rechten JUGENDBUNDES STURMVOGEL Anfang dieses

Jahres gleich in mehreren Presse-Artikeln thematisiert wurde, wurde der Weblog der neu-rechten SEZESSION hellhörig. Das publizistische Organ des extrem rechten INSTITUTS FÜR STAATSPOLITIK nahm dies zum Anlass, das angebliche »Netz der Antifa« zu beleuchten, welches das Thema in die Öffentlichkeit bringen würde. Dazu die Konstruktion, wie von der Regionalzeitung über Antifa-Gruppen und verschiedene JournalistInnen bis hin zu Bundestagsabgeordneten der SPD das »Netz« gespannt sei. Das Ergebnis: Alle, die sich jemals mit dem Thema auseinandergesetzt haben, müssen auf irgendeine Art zusammenhängen.

Im Fahrwasser des Extremismus-Diskurses

Dass eine publizistische »Anti-Antifa«-Arbeit gerade jetzt vermehrt praktiziert wird, ist insofern kein Zufall, als dass DEUTSCHE STIMME und Co. damit hoffen, just geöffnete Türen einzurennen. »Jemand, der offensichtlich keinerlei Berührungspunkte zum Linksradikalismus hat, ist nicht geeignet und qualifiziert, sich in offizieller Funktion über tatsächlichen oder angeblichen Rechtsradikalismus zu äußern«, so schreibt die extrem rechte Monatszeitung ZUERST! und spekuliert auf ganzen zwei Seiten über die Zusammenarbeit zwischen dem ZDF und einem angeblich »linksextremen« Experten.

Auch die so seriös daher kommende JUNGE FREIHEIT fährt diese Diskreditierungsstrategie schon länger. Vor allem ihr Autor FELIX KRAUTKRÄMER hat sich in den letzten Jahren durch haltlose Polemiken gegen KritikerInnen hervorgetan, von AntifaschistInnen bis hin zu MitarbeiterInnen des Verfassungsschutzes. Dass diese Konstruktionen im öffentlichen Diskurs trotzdem funktionieren und auf fruchtbaren Boden fallen können, verdanken wir nicht zuletzt einer »Extremismus«-Debatte, die inhaltliche Momente völlig ausblendet und die Seriösität von Politik nur noch an Staatstreue misst – ein Problem, das nicht nur die diffamierten JournalistInnen und ExpertInnen betrifft.

Felix Hansen



Learning by doing

Bericht ➞ Brandenburg stellt sich Nazis entgegen

Auch in brandenburgischen Kleinstädten bewährt sich das Blockadekonzept. Das Bündnis »Brandenburg nazifrei« nahm sich den Dresdener Erfolg zum Vorbild – und schafft es so, rechte Demos zu verhindern. Bericht über eine Kampagne, die noch nicht zu Ende ist. Weitere Hinweise zum Bündnis findet ihr unter www.brandenburg-nazifrei.de.

Ende Mai blockierten etwa 500 Menschen im brandenburgischen Bernau einen Aufmarsch der regionalen KAMERADSCHAFT MÄRKISCH ODER BARNIM (KMOB). Einen weiteren geplanten Aufmarsch am Samstag, den 5. Juni in Eberswalde sagte die KMOB am Abend vorher ab. Möglicherweise wollten sich die Neonazis keine weitere Schmach einhandeln. Denn auch für Eberswalde waren die Blockaden bereits angekündigt. Nach den erfolgreichen Aktionen in Dresden (14. Februar), aber auch nach Lübeck (27. März) und Berlin (1. Mai) zeigt sich nun, dass von einem breiten gesellschaftlichen Bündnis getragene Blockadekonzepte auch in Kleinstädten funktionieren können.

Nazikampagne in Nordbrandenburg

Für den Zeitraum von Ende Mai bis Mitte Juli 2010 hat die KMOB in fünf Brandenburgischen Kleinstädten nördlich von Berlin Demonstrationen angemeldet. Die gewählten Themen für die Aufmärsche wirken auf den ersten Blick relativ will-



kürlich, decken sie doch die breite Palette der aktuellen neonazistischen Themen nahezu vollständig ab. Es sind jedoch vielmehr bewusste Provokationen mit explizit lokalem Bezug. In Eberswalde hätte es »gegen linke Gewalt« gehen sollen. Dort war mit Amadeu Antonio nicht nur das erste Nachwendopfer neonazistischer Gewalt zu beklagen gewesen, in 2000 wurde zudem ein linker Punk ebenfalls durch Neonazis ermordet – der KMOB-Aufmarsch war zum zehnten Jahrestag dieser Gewalttat geplant. Am 12. Juni in Bad Freien-

walde (nach Redaktionsschluss dieses Monitor) soll ein »freies Jugendzentrum« gefordert werden. Genau zwei Jahre wird es dann her sein, dass ein Neonazi aus dem Umfeld der KMOB einen Brandanschlag auf das örtliche linke Jugendzentrum verübte – er kam mit einer Bewährungsstrafe davon. Weitere Demos sind für Strausberg und Manschnow (Küstriner Vorland) angekündigt.

Vor dem Hintergrund dieser Provokationen hat sich in der Kampagne »Brandenburg nazifrei« ein sehr heterogenes Spektrum aus antifaschistischen Gruppen, Parteien, Gewerkschaften, Kirchengemeinden, Jugend- und Senioreninitiativen und zahlreichen Einzelpersonen zusammengefunden. Im gemeinsamen Aufruf wird sich dabei explizit auf den Konsens von Dresden bezogen: »Unser Ziel, den Nazis entgegenzutreten, eint uns über alle sozialen, politischen oder kulturellen Unterschiede hinweg. Wir sind bunt und wir stellen uns den Nazis in den Weg. Von uns wird dabei keine Eskalation ausgehen. Wir sind solidarisch mit allen, die mit uns das Ziel teilen, die Naziaufmärsche verhindern zu wollen!«

Ungehorsam ist Konsens

Ziviler Ungehorsam, also in Kauf zu nehmen, dass durch sachte Blockaden Gesetze übertreten werden, mag nicht allzu spektakulär klingen. Doch einen solchen Konsens in einem Bündnis von Antifa bis Bürgermeister vereinbart zu sehen, ist durchaus bemerkenswert. Hier wurde vom politischen Gewinn aus Dresden profitiert und er wurde fortgeschrieben. Es hat sich gezeigt, dass auch in einer Kleinstadt wie Bernau verwirklicht werden kann, was in einem anderen Maßstab, in einer Großstadt wie Dresden immensen Mobilisierungsaufwand und jahrelange Anstrengungen brauchte. Wertvoll ist bei »Brandenburg nazifrei« die Bereitschaft von vielerlei, durchaus auch konservativen AkteurInnen, sich einzubringen.

Antifaschistische Gruppen sind im Bündnis selbstverständlich etabliert, man redet auf Augenhöhe. Die Anregung zu der Blockadeaktion in Bernau kam von antifaschistischen Jugendlichen, ihr schloss sich schließlich auch der CDU-Bürgermeister an. Gerade im Hinblick auf die aktuelle »Extremismusdebatte« ist dies alles andere als selbstverständlich und kann als Erfolg verbucht werden. Bemerkenswert ist zudem, dass die Vernetzung und Mobilisierung in nur wenigen

Parteitages ist die Ankündigung von NPD-Chef Udo VOIGT und dem Chef der DEUTSCHEN VOLKSUNION (DVU), MATTHIAS FAUST, die beiden Parteien fusionieren zu lassen und diesbezüglich in Kürze eine Mitgliederbefragung durchzuführen zu wollen. ◀

Neonazi-Aufmarsch wird zum politischen Skandal

Wiesbaden • Ein von der NPD-Jugendorganisation JUNGE NATIONALDEMOKRATEN durchgeführter Aufmarsch in Wiesbaden am 8. Mai entwickelt sich in der von einer Jamaika-Koalition regierten hessischen Landeshauptstadt zum politischen Skandal. Die Stadt Wiesbaden hatte zuvor der Öffentlichkeit zugesichert, alles zu unternehmen, um den Aufmarsch zu verhindern – tatsächlich hatte die zuständige Ordnungsdezernentin Birgit Zeimetz (CDU) die Neonazis in Geheimverhandlungen von einer innenstadtnahe Route abgebracht, ihnen als Aufmarschort den Wiesbadener Vorort Erbenheim zugewiesen und vor Ort ein »No-Go-Area« für AntifaschistInnen zugesichert. Dies setzte die Polizei derart vehement durch, dass selbst AnwohnerInnen, die am Rande des Aufmarsches protestieren wollten, mit Zwang in ihre Häuser zurückgedrängt wurden.



Auch marschierten die 170 Neonazis auf der vom Ordnungsamt bestimmten Route entlang von »Stolpersteinen« (auf dem Gehweg eingelassene Steine zum Gedenken an die Deportation jüdischer BürgerInnen), was selbst die BILD-Zeitung als unerträglich empfand. Was folgt ist eine Flut von Debatten, Klagen und Dienstaufsichtsbeschwerden, die die Wiesbadener CDU in bester hessischer Tradition aussitzen wird. ◀



»Tag der Nationalen Arbeit« in Berlin

Bundesweit/Berlin • Auch am 1. Mai diesen Jahres hat die extreme Rechte versucht, an verschiedenen Orten aufzumarschieren, wobei sie bundesweit schätzungsweise gut 3.700 TeilnehmerInnen mobilisieren konnte. Berlin ist jedoch eher ein Reifall gewesen. Hier hatte SEBASTIAN SCHMIDTKE (Neonazi-Aktivist und Vorstandsmitglied der NPD Berlin) einen Aufmarsch im Prenzlauer Berg angemeldet, an dem rund 640 Neonazis teilnahmen.



Zeitgleich fand eine als »Plan B« organisierte »Spontan«-Demonstration von über 300 Neonazis auf dem Kurfürstendamm statt, die für die meisten TeilnehmerInnen mit der vorläufigen Festnahme endete. Mehr Informationen zu den Neonazi-aufmärschen am 1. Mai 2010 in Berlin findet ihr in unserem **Dossier**, das ihr gerne bei uns per E-Mail anfordern könnt. ◀

Ausweichende Antworten vom Verfassungsschutz

Berlin • Nur ausweichend antwortete das Bundesministerium des Innern (BMI) auf eine Kleine Anfrage zur Bildungsarbeit des Verfassungsschutzes. Abgeordnete der Fraktion DIE LINKE hatten erfahren wollen, auf welcher Grundlage das Bundesamt für Verfassungsschutz kostenlose Angebote für Bildungsträger erstellt (Drucksache 17/1723).

Das BMI besteht darauf, dass der VS ausschließlich »Öffentlichkeitsarbeit« betreibt und keine »Bildungsarbeit«. In den Antworten werden lediglich die bekannten Formulierungen aus Gesetzen und den Jahresberichten referiert. Hintergrund der Anfrage sind die zunehmenden kostenlosen Angebote an Schulen durch diverse Landesämter, so in Berlin, die zum Teil in offener Konkurrenz zu freien Trägern stattfinden. Bildungsarbeit gehört nicht zu den gesetzlichen Aufgaben der Verfassungsschutzämter. ◀

Wochen erfolgte. Ein wichtiger Faktor ist sicher, dass gerade in dieser Region antifaschistische Gruppen in den einzelnen Ortschaften sehr aktiv und untereinander wie auch nach Berlin sehr gut vernetzt sind.

Erster Erfolg in Bernau

In Bernau wurde dieses Konzept nun erfolgreich umgesetzt. Etwa 500 Menschen unterschiedlichen Alters und mit den verschiedensten politischen Hintergründen blockierten den Neonazi-aufmarsch. Antifaschistische Jugendliche saßen neben Familien mit kleinen Kindern, GewerkschafterInnen, Parteimitgliedern und SeniorInnen auf der Straße und erreichten so, dass der Aufmarsch von der Polizei beendet wurde noch bevor die Neonazis auch nur einen Meter laufen konnten. Es gehört scheinbar derzeit zum guten Ton, sich Nazis in den Weg zu setzen – das ist ein großer Fortschritt.

Noch im März konnten in Neuruppin die örtlichen AntifaschistInnen im Vorfeld eines Neonazi-aufmarsches die bürgerlichen AkteurInnen nicht zu einem Blockadekonsens überzeugen. Sie versuchten schließlich allein mit 70 Personen eine Kreuzung zu blockieren und wurden unsanft von der Polizei geräumt, während hunderte von Menschen passiv auf dem angrenzenden, eingezäunten »Bürgerfest« verweilten.

Am 15. Februar, nur einen Tag nach Dresden, veranstaltete die NPD in Cottbus einen Trauerzug »gegen Bombenterror und US-Imperialismus«.

Hier waren es ausschließlich antifaschistische Gruppen, die zu expliziten Gegenaktivitäten aufriefen und den Aufmarsch zu verhindern versuchten. Die Offiziellen der Stadt hingegen gaben sich ihrerseits dem einseitigen Gedenken an die »zivilen Opfer« und die Zerstörung durch die alliierten Angriffe hin und forderten dazu auf, den Naziaufmarsch zu »ignorieren«. Wie wichtig es hinsichtlich etwaiger Nachwirkungen ist, offensiv zu protestieren und die Rechten am besten gar nicht laufen zu lassen, zeigt sich am Beispiel Cottbus. Gestärkt durch den wenig gestörten Aufmarsch überziehen Recht die Stadt seitdem mit einer Gewalt- und Propagandaoffensive.

Ausblick

Mag sein, dass es »Brandenburg nazifrei« nicht gelingen wird, den übrigen noch angekündigten Aufmärschen überall mit der gleichen Offensive entgegenzutreten oder diese ebenfalls zu verhindern. Blockaden werden nicht immer klappen und sind unter anderem sehr stark von der jeweiligen Polizeistrategie abhängig. Ein Allheilmittel gegen die extreme Rechte sind sie auch aus anderen Gründen nicht. Aber, dennoch: der Erfolg von Bernau wird auf absehbare Zeit in Brandenburg zu spüren sein. Viele an »Brandenburg nazifrei« beteiligte AkteurInnen werden gestärkt aus diesen Aktivitäten hervorgehen. Nach dem Motto: Wir können es schaffen, wir sind viele, wir sind selbstbewusst, wir brauchen uns nicht zu verstecken. **Frank Metzger/Christoph Schulze**

An dieser Stelle berichten wir über einzelne Arbeitsgebiete, Projekte, Sammlungen etc. aus dem Archiv des *apabiz*, um so einen Einblick in unsere Arbeit zu ermöglichen.

archiv en detail Gedenkstättenbibliotheken und »Freie Archive« Kooperation mit Archiven und Bibliotheken

Das *apabiz* arbeitet seit seiner Gründung mit einer Reihe von Archiven und Bibliotheken mit ähnlichem inhaltlichen Schwerpunkt zusammen. Im Mittelpunkt steht unter anderem der Austausch von Materialien und technischen Erfahrungen.

Seit dem Jahr 2003 findet im Zweijahresrhythmus der *Workshop der Archive von unten* als gemeinsame Diskussionsplattform der Archive der sozialen Bewegungen und unabhängigen Archiven auf bundesweiter Ebene statt. An dem Workshop beteiligen sich neben dem *apabiz* beispielsweise das *Archiv für alternatives Schrifttum (afas)*, das *Archiv Grünes Gedächtnis* oder das *Archiv der deutschen Frauenbewegung* in Kassel.

Nachdem die *Arbeitsgemeinschaft der Gedenkstättenbibliotheken (AGGB)* ihre Tagung

im Frühjahr 2010 unter anderem auch im *apabiz* durchgeführt hat, beteiligt sich auch das *apabiz* an diesem bundesweiten Zusammenschluss mit über 40 Bibliotheken von Institutionen, aber vor allem Gedenkstätten für die Opfer des Nationalsozialismus sowie zur Aufarbeitung der DDR.

Aus Berlin sind unter anderem die *Topographie des Terrors*, *Gedenkstätte Deutscher Widerstand* und die *Gedenk- und Bildungsstätte Haus der Wannsee-Konferenz* an der AGGB beteiligt. Im Mittelpunkt der Arbeit der AGGB stehen die halbjährlichen Tagungen, die vor allem dem fachlichen Austausch und der Fortbildung neben der Kooperation dienen.

Die AG betreibt einen gemeinsamen Bibliothekskatalog unter www.zeitgeschichte-online.de/alg-agg/ **apabiz**



Von Rassismus und »Islamkritik«

Sammelrezension ➔ Fünf Veröffentlichungen beschreiben aus unterschiedlichen Blickwinkeln antimuslimischen Rassismus.

Kay Sokolowsky zeichnet nach, in welchem gesellschaftlichen Klima der antimuslimische Rassismus seine heutige Wirkmächtigkeit erlangen konnte und spannt einen Bogen von der rassistischen Mobilmachung der Nachwendezeit bis zum Spiegel, der in seinen Coverstories immer wieder die drohende »Islamisierung« an die Wand malte und so massiv Stimmung gegen Muslime machte. Es werden ProtagonistInnen der »Islamkritik« vorgestellt, von Henryk Broder über Ralph Giordano und die »Kronzeuginnen« Necla Kelek und Seyran Ates, die, wenn auch im Ton teilweise sehr polemisch, durchaus differenziert dargestellt werden. Das Buch bietet einen guten Überblick und eignet sich durch seinen journalistischen Stil sehr gut zum Einstieg ins Thema.

Einen wissenschaftlicheren und vertiefenden Blick bieten das **Jahrbuch für Antisemitismusforschung** (Bd. 17) und die **Dokumentation der Konferenz »Feindbild Muslim – Feindbild Jude«**, beide herausgegeben von Wolfgang Benz, Leiter des Zentrums für Antisemitismusforschung (ZfA) an der TU Berlin. Benz und das ZfA haben den Anspruch, die Erkenntnisse der Antisemitismusforschung zur Entwicklung einer umfassenden Vorurteilsforschung zu nutzen.

Konsequenterweise beschäftigt man sich seit geraumer Zeit also auch mit der Feindschaft gegenüber den Muslimen. Das Jahrbuch behandelt das »Feindbild Islam« als Schwerpunkt und untersucht die Debatten um Moscheeneubauten, Kopftuch und »Parallelgesellschaften«. Weitere Beiträge behandeln Islamfeindschaft im Web 2.0 oder die Möglichkeiten pädagogischer Intervention bei antisemitischen Einstellungen von deutschen Jugendlichen mit muslimischem/arabischem Hintergrund.

Lohnender, weil umfangreicher, ist die Lektüre des Bandes »Islamfeindschaft und ihr Kontext«. Auch hier finden sich Beiträge zu den oben erwähnten Themen, teilweise von den selben AutorInnen, des weiteren aber auch ergänzende Kommentare und eine Dokumentation der abschließenden Podiumsdiskussion der Konferenz. Benz und das ZfA waren dafür kritisiert worden, dass sie eine Gleichsetzung von Antisemitismus und Islamfeindschaft betrieben und Antisemitismus so verharmlosen würden. Dass der Band mit einem Artikel zu »Antizionismus als islamistischer Antisemitismus« schließt, wird diesem Fakt geschuldet sein, wäre aber nicht nötig gewesen, da die Vorwürfe sich nach der

Lektüre des Bandes ohnehin als unhaltbar erweisen.

Der Sammelband von **Thorsten G. Schneiders** (Hrsg.) bietet den bis dato wohl umfassendsten Überblick des aktuellen Forschungsstandes. In 28 Beiträgen werden die Genese antimuslimischer Vorurteile in der deutschen Gesellschaft, die aktuelle Lage, die institutionalisierte und die personelle Islamfeindschaft von nahezu allen Seiten beleuchtet – von der »Türkengefahr« in der Frühen Neuzeit über die Koranexegese als Werkzeug der Moslemfeinde bis zur Analyse der bekanntesten »Islamkritiker«. Einziger Wermutstropfen ist der hohe Preis.

Eine postkoloniale Perspektive nimmt **Iman Attia** in ihrem Band »Die 'westliche Kultur' und ihr Anderes« ein. Sie klärt auf, welcher Kulturbegriff die Debatte um »den Islam« prägt und wie in dieser Debatte die kulturelle Hegemonie der Mehrheitsgesellschaft diskursiv reproduziert wird. Nachvollziehbar beschreibt sie, wie soziale, ökonomische und politische Phänomene kulturalisiert werden und so die Dichotomie vom »Westen« und vom »Islam«/»Orient« ständig fortgeschrieben wird. Hierbei bezieht sie sich unter anderem auf den postkolonialen Theoretiker Edward W. Said und sein Konzept des »Othering« und beschreibt, wie Menschen als Muslime markiert und so zum »Anderen« gemacht werden. Gut verdeutlicht sie die Wirkmächtigkeit und den gewalttätigen Charakter, den diese Konstruktionen besitzen. Dieses Buch ist sicher das am meisten fordernde, besticht aber durch seine Radikalität und herrschaftskritische Perspektive.

Alex Buchte
(Redaktion Antifa Info Blatt, Berlin)

Kay Sokolowsky: Feindbild Moslem. Rotbuch Verlag, Berlin 2009, 256 Seiten.

Wolfgang Benz (Hrsg.): Jahrbuch für Antisemitismusforschung. Metropolis Verlag, Berlin 2008, 349 Seiten.

ders. (Hrsg.): Islamfeindschaft und ihr Kontext – Dokumentation der Konferenz »Feindbild Muslim – Feindbild Jude«. Metropolis Verlag, Berlin 2009, 151 Seiten.

Thorsten G. Schneiders (Hrsg.): Islamfeindschaft – Wenn die Grenzen der Kritik verschwimmen. VS Verlag, Wiesbaden 2009, 483 Seiten.

Iman Attia: Die »westliche Kultur« und ihr anderes – Zur Dekonstruktion von Orientalismus und antimuslimischem Rassismus. Transcript Verlag, Bielefeld 2009, 182 Seiten.

Jahrestagung der GESELLSCHAFT FÜR FREIE PUBLIZISTIK

Kirchheim • Am 31. Mai 2010 fand die 50. Jahrestagung der extrem rechten GESELLSCHAFT FÜR FREIE PUBLIZISTIK (GFP) statt. Für den aus dem Vorstand ausgeschiedenen ex-NPD-Funktionär ANDREAS MOLAU wurde MARTIN PFEIFFER, Schriftleiter und Geschäftsführer der FPÖ-nahen Monatszeitschrift DIE AULA gewählt. Der langjährige Herausgeber der NATIONAL-ZEITUNG, GERHARD FREY, wurde mit der »Ulrich-von-Hutten-Medaille« ausgezeichnet.

Redner und Referenten der GFP-Tagung waren unter anderem HOLGER APFEL (NPD), ANDREAS MÖLZER (FPÖ) und HARALD NEUBAUER, Autor der Monatszeitschrift ZUERST!. Musikalisch untermalt wurde die Veranstaltung mit ca. 130 TeilnehmerInnen durch den braunen Barden FRANK RENNICKE. ◀

Bücher über Stieg Larsson: Biografen und Trittbrettfahrer

Stockholm (Schweden) • Nach dem weltweiten Erfolg der Millennium-Trilogie des schwedischen Autors Stieg Larsson (1954-2004) erschienen im Frühjahr 2010 zwei sehr unterschiedliche Bücher über den antifaschistischen Journalisten in deutscher Übersetzung.

Als erste Biografie erschien »Mein Freund Stieg Larsson« von Kurdo Baksi (Heyne) und wurde bereits in Schweden öffentlich diskutiert. Baksi, ein langjähriger politische Weggefährte und Freund von Larsson, schildert darin ein sehr persönlich gefärbtes Bild des Erfolgsautors, vor allem dessen Arbeit als Journalist. Der Eindruck der eitlen Selbstdarstellung des Biografen drängt sich leider auf. Beeindruckender und lesenswerter dagegen ist die Biografie des Verlegers Jan-Erik Pettersson, erschienen im Berliner Aufbau-Verlag unter dem Titel »Stieg Larsson – Eine politische Biographie«.

Im Gegensatz zu Baksi nimmt Pettersson sich deutlich zurück. Er beschreibt nicht nur das Leben von Larsson und den Hintergrund seines politischen Engagements, sondern darüber hinaus spannend die Entwicklung der politischen Rechten in Schweden. ◀



Abonnieren...

...kann man den *monitor* nicht. Aber wer Fördermitglied des apabiz e.v. wird, der bekommt ihn kostenlos zugeschickt! Spenden und vor allem ein fester Kreis von Fördermitgliedern sind für unsere Arbeit unersetzbar. Sie sichern den Erhalt unseres Projektes unabhängig von öffentlichen Geldern und damit unabhängig von gesellschaftlichen Stimmungen. Die Spenden sind steuerlich absetzbar.

► Fördermitglied werden

Ihr spendet uns einen festen monatlichen Betrag, den wir von Eurem Konto abbuchen. Alternativ ist auch die Einrichtung eines Dauerauftrages möglich. Dafür erhaltet Ihr diesen Rundbrief mit unserer internen Beilage, werdet mit Informationen versorgt und bekommt einen Kaffee, wenn Ihr vorbeikommt.

► Spenden

Ihr überweist einfach einmalig oder per Dauerauftrag auf unser Konto (s. S. 1). Für die Ausstellung einer Spendenbescheinigung müsst Ihr uns allerdings noch Eure Daten zukommen lassen. Auch Sachspenden sind willkommen.

► Fördermitgliedschaft

Hiermit erteile ich dem *apabiz e.V.* eine Einzugsermächtigung über monatlich _____ Euro (mind. 5 Euro).

► Dauerauftrag/Einmalige Spende

Ich habe zur Unterstützung Eurer Arbeit

- einen Dauerauftrag eingerichtet.
 einmalig _____ Euro überwiesen.

Kontonummer: _____

Bank und BLZ: _____

Name/Organisation: _____

Adresse: _____

e-mail: _____

Unterschrift: _____

- Spendenbescheinigung erwünscht (Fördermitglieder und Dauerspenden erhalten diese einmal jährlich)

Neu im Archiv

In dieser Rubrik wollen wir Euch einen kurzen Überblick über Bücher, Broschüren und andere Medien geben, die im Archiv neu eingegangen und ab sofort verfügbar sind. Darüber hinaus werden wir auf bestimmte Sachgebiete hinweisen, zu denen Ihr Sammlungen bei uns finden könnt. Danke an die Verlage.

• *Vinke, Hermann: »Wunden, die nie ganz verheilen«. Das Dritte Reich in der Erinnerung von Zeitzeugen. Ravensburger Buchverlag, Ravensburg 2010. Kinder- und Jugendbibliothek.*

In seinem Buch hat Hermann Vinke keine chronologische sondern vielmehr eine thematische Einbettung seiner Zeitzeugengespräche gewählt. Dabei reicht die Palette von Sport über Auschwitz bis hin zur Flucht der Deutschen vor der Roten Armee. Weiterhin werden verschiedene Kurzbiografien von GegnerInnen, MitläuferInnen, Verfolgten und KarrieristInnen des Nazi-regimes vorgestellt und eine differenzierte Wertung der verschiedenen Persönlichkeiten vorgenommen.

Die vielen Fotos und das gute Layout sorgen für eine ansprechende Atmosphäre. Alles in Allem ist das Buch gut für Jugendliche ab 15 Jahren geeignet, da die Erlebnisse der Überlebenden auch sehr schockierend sein können.

• *Pilz, Gunter A.; Behn, Sabine; Harzer, Erika; Berg, Heinz Lynen von; Selmer, Nicole: Rechtsextremismus im Sport, in Deutschland und im internationalen Vergleich. Sportverlag Strauß, Köln 2009.*

Die AutorInnen dieser Expertise geben Situationsbeschreibungen von rechtsextremen Erscheinungsformen im Sport. Das Hauptaugenmerk liegt dabei vor allem auf dem Fußball, was mit der erhöhten öffentlichen Wahrnehmung und der erhöhten Attraktivität für Neonazis zusammenhängt. Dabei werden für die Problem-bereiche »rechte Vereine«, »Unterwanderung von Vereinen durch Rechtsextremisten« und »rechte Fanszenen« Strategien des Umgangs untersucht. Unter anderem werden Sensibilisierungs- und Aufklärungsprogramme für TrainerInnen und andere Mitglieder von Vereinen bis hin zu Satzungsänderungen vorgeschlagen. Für die Fanszenen werden Antirassismusprogramme und das Verbot von rechten Lifestylemarken in den Stadien diskutiert.

• *König, Hans-Dieter: Rechtsextremismus in Fernsehdokumentationen. Psychoanalytische Rekonstruktion ihrer Wirkungsweise. Psychosozial Verlag, Gießen 2006.*

Der Psychoanalytiker und Soziologe Hans-Dieter König analysiert in seinem Buch die Wirkung von Fernsehreportagen aus dem Jahr 2000 auf das Bewusstsein und auf das Unterbewusstsein der ZuschauerInnen. Dabei stellt er nach einer Analyse der Tiefenstruktur ausgewählter

Reportagen fest, dass viele JournalistInnen oft das Gegenteil von ihren eigentlichen Zielen erreichen. So geben manche Reportagen den Neonazis unbeabsichtigt eine Möglichkeit, ihre Propaganda im großen Stile zu verbreiten oder verursachen durch eine moralisierende Berichterstattung eine emotionale Zuneigung der ZuschauerInnen zu den Neonazis. Hans-Dieter König liefert in seinem Buch auch Vorschläge, wie eine Reportage besser gestaltet werden kann und welche Kriterien hierfür wichtig sind.

• *Peltz-Förster, Cornelius: Handlungsfähig bleiben – handlungsfähig werden. Rechtliche Grundlagen und Handlungsempfehlungen für Eltern rechtsextremer Jugendlicher. Schriftenreihe Konzepte für Demokratie und Toleranz Band 3. Verlag Bildungsvereinigung Arbeit und Leben, Braunschweig 2010, 2. Auflage.*

Viele Eltern haben ein Problem damit, wenn ihre Kinder sich zur neonazistischen Ideologie hingezogen fühlen oder sogar schon tief im braunen Sumpf stecken. Deshalb hat der Diplom-Soziologe Cornelius Peltz-Förster eine Broschüre mit rechtlichen Grundlagen und weiteren wichtigen Informationen für die Eltern zusammengestellt. Neben der Vorstellung eines Fallbeispiels werden auch Kriterien guter Beratung genannt.

• *Rewald, Ruth: Vier spanische Jungen. Pahl Rugenstein Verlag, Köln 1987. Kinder- und Jugendbibliothek.*

Ruth Rewald schrieb das Kinderbuch »Vier spanische Jungen« schon 1938. Es handelt von vier Jungen im Alter von 11 bis 12 Jahren, die dank eines Zufalls ihren Vätern helfen können, den Putsch der Falangisten in ihrer Stadt zu verhindern. Daraufhin folgt eine kurze Zeit des Friedens und des Glücks für die Kinder, welche sich sogleich mit Feuereifer in den Aufbau ihrer neuen Schule und die Unterstützung der Revolutionäre in Spanien stürzen. Doch die Bedrohung durch die Faschisten wächst immer weiter und die Väter der Jungen müssen in die Berge gehen und es ist ungewiss, ob die getrennten Familien sich je wieder finden werden.

Die bewegende Geschichte der Revolution in Spanien wird von Ruth Rewald sehr gut aufbereitet und für Kinder ab 10 Jahren verständlich gemacht. Das Buch war lange Zeit verloren gegangen, da Ruth Rewald 1942 von den Nazis umgebracht wurde und ihre Manuskripte erst in den 1980er-Jahren ausgewertet wurden. ◀